

Wahlprogramm der Wählervereinigung Leipzig e.V. zu den Stadtratswahlen am 7. Juni 2009

Inhalt

Präambel

1. Für eine neue Kultur und einen neuen Politikstil in der Leipziger Kommunalpolitik
2. Für eine effektive Bürgerbeteiligung - Demokratie zum Anfassen
3. Für eine transparente und moderne Stadtverwaltung, die für den Bürger und die Unternehmen da ist
4. Bildung - Offene Türen für ein lebenslanges Lernen
5. Kinder bedeuten Zukunft
6. Jugend - „Gleiches Recht für alle“
7. Senioren - Aus Erfahrung gut
8. Integration - Vielfalt statt Einfalt
9. Wirtschaft und Arbeit fördern - Leipzig weiter entwickeln
10. Konsolidierung des städtischen Haushaltes fortsetzen - Handlungsfähigkeit der Stadt sichern
11. Mittelpunkt Funktion der Kommunen im politischen Leben muss gestärkt werden
12. Für eine zukunftsorientierte Stadtentwicklung - Wachstum ohne Reue
13. Für den Schutz der Lebensgrundlagen und eine bezahlbare, sichere und umweltfreundlichere Energieversorgung
14. Sicherheit und Ordnung in unserer Stadt - Mit Sicherheit unverzichtbar
15. Kulturelle Vielfalt fördern
16. Vereine - Gemeinsame Interessen verbinden
17. Sportstadt Leipzig
18. Sozial-, Gesundheits- und Pflegepolitik - Solidarität leben
19. Tourismus stärken

Präambel

20 Jahre friedliche Revolution und 20 Jahre Fall der Mauer werden in diesem Jahr gefeiert. Die Menschen der DDR erkämpften in den Wendejahren 1989/90 Freiheit und Demokratie. Kein anderes Ereignis hat nach dem Zweiten Weltkrieg das Schicksal Deutschlands, Europas und der Welt so nachhaltig verändert. Ohne friedliche Revolution, mit dem Höhepunkt am 9. Oktober in Leipzig, wäre die Berliner Mauer nicht gefallen. Die Bilder von den Leipziger Montagsdemonstrationen, vom Fall der Berliner Mauer und von der Öffnung der innerdeutschen Grenze haben wir in unserem Gedächtnis.

Heute, 20 Jahre nach der friedlichen Revolution, sind für die Wählervereinigung Leipzig auf kommunaler Ebene folgende Fragen von zentraler Bedeutung: Wie kann die demokratische Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger vor Ort, in unserer Stadt, verbessert und in den Dienst des Allgemeinwohls gestellt werden? Wie kann die Teilhabe der Bürgerinnen und Bürger an demokratischen Prozessen in Leipzig im Sinne einer aktiven Bürgerkommune gesteigert werden?

Alle im Stadtrat vertretenen etablierten Parteien haben sich bis heute diesem wichtigen Thema in der Leipziger Kommunalpolitik nicht oder aber nicht mit Entschiedenheit und Hingabe angenommen. Sie wollen eine effektivere und nachhaltige Bürgerbeteiligung auch nicht wirklich und sehen sich dadurch in ihrer partei- und machtpolitischen Ausrichtung eher behindert. Querdenkern in den etablierten Parteien wird das sich Engagieren und Einbringen in den politischen Diskurs häufig schwer gemacht.

Neben unseren im vergangenen Jahr definierten Leitlinien, unserer Vision vom gesellschaftlichen Zusammenleben in unserer Stadt sowie unserer im letzten Jahr ebenfalls verabschiedeten Grundsatzerklärung wollen wir mit dem jetzt vorliegenden Wahlprogramm für die Stadtratswahlen am 7. Juni 2009 mit ihnen, liebe Leipzigerinnen und Leipziger, in einen konstruktiven Dialog eintreten, sie zum Mitmachen bewegen und um ihr Vertrauen werben.

1. Für eine neue Kultur und einen neuen Politikstil in der Leipziger Kommunalpolitik

Als parteipolitisch unabhängige Wählervereinigung wollen wir Kommunalpolitik aus der breiten bürgerlichen Mitte heraus im Rathaus mitgestalten. Mit unserer Teilnahme an den Stadtratswahlen und einem guten Ergebnis wollen wir zur Stärkung von Ehrlichkeit, Anstand und Moral in der Kommunalpolitik mit beitragen. Durch unser persönliches Handeln wollen wir Ansehen und Stellenwert der Politik positiv mit beeinflussen.

Wir wollen ergebnisorientiert handeln, pragmatische Lösungen herbeiführen, sachliche Debatten führen sowie konstruktiv mit den Bürgern und allen politisch handelnden Akteuren des demokratischen Spektrums zusammenarbeiten.

Stadtratssitzungen sollen mit uns wieder sachlicher, lebendiger aber auch spannender (z.B. „heißer Stuhl“) sowie die Zusammenarbeit im Stadtrat und des Stadtrates mit der Stadtverwaltung wieder konstruktiver werden.

Die Wählervereinigung Leipzig will das verkrustete Parteiensystem im Leipziger Stadtrat aufbrechen und frei von jeglicher Ideologie an neuen Lösungsansätzen für die Probleme unserer Stadt mitarbeiten.

Wir wünschen uns im Plenum eine Streitkultur, die eher zu einer Werbeveranstaltung für unsere Demokratie wird, als dass sich Bürgerinnen und Bürger auf der Tribüne mit Grausen abwenden. Ratsversammlungen sind öffentlich und was sich hier abspielt, gesehen und gehört wird, wird kommuniziert. Dies muss allen Akteuren klar und bewusst sein.

Dazu gehört aus Sicht der Wählervereinigung Leipzig, dass mit dem Handy telefonierende, Zeitung oder Zeitschriften lesende und Laptop spielende, essende wie Kaffee trinkende Stadträte keine besonderen Sympathieträger der Arbeit der Leipziger Ratsversammlung gegenüber der Öffentlichkeit sind. Vielleicht kann man sich da Selbstbeschränkung auferlegen.

Seit Januar 2009 ist die Wählervereinigung Leipzig Mitglied im Landesverband der Freien Wähler Sachsen. Insbesondere in unserer parteipolitischen Unabhängigkeit sehen wir die Möglichkeit, künftig wieder bürgernahe Politik im Rathaus umsetzen zu können.

2. Für eine effektive Bürgerbeteiligung - Demokratie zum Anfassen

Die Identifikation der Bürger mit der Stadt ist entscheidend dafür, ob sie sich für diese engagieren. Die Wählervereinigung Leipzig will das politische Engagement fördern.

Wir wollen weg von der Zuschauerdemokratie und hin zu einer Beteiligungskultur. Wichtige Angelegenheiten, die die Stadt betreffen, dürfen nicht über die Köpfe der Menschen entschieden werden. Wir sehen uns als Vertreter für die Bürger und durch die Bürger, da diese meistens andere Interessen und Sorgen haben, als zum Beispiel die Realisierung riskanter Prestigeprojekte, besonders angesichts leerer Kassen.

Anders als die etablierten Parteien wollen wir die Bürger in den Entscheidungsprozess der Parlamente und Gremien voll integrieren. Wir wollen durch Bürgerbefragungen mit den Organen der Stadt und den Medien die Meinung der Bürger einholen, bevor Großprojekte überhaupt in die Planung genommen werden.

Wir wollen Bürgerbeteiligungen nicht nur als Scheinprojekte stattfinden lassen, sondern sehen diese als ein Instrument der Bürger, direkten Einfluss auf Entscheidungen der Gremien zu nehmen. Bürgerentscheide bei wichtigen städtischen Angelegenheiten sollen vom Stadtrat initiiert und nicht erst durch Bürgerbegehren erzwungen werden. Die bereits bestehende Möglichkeit der Durchführung von Einwohnerversammlungen bei bedeutsamen städtischen Angelegenheiten, die auch auf Stadt- und Ortschaftsteile beschränkt werden kann, soll künftig aktiv genutzt werden. Die Initiative zur Durchführung derartiger Einwohnerversammlungen soll dabei sowohl von der Stadtverwaltung wie auch vom Stadtrat fraktionsübergreifend mit unterstützt werden.

Wir regen eine Überarbeitung der Hauptsatzung der Stadt und die Geschäftsordnung des Stadtrates an, so dass die Arbeit des Stadtrates selbst effektiver wird und damit mehr Zeit für die Arbeit an der Basis gewonnen wird.

Ein Projekt zur Einführung eines Bürgerhaushaltes, in dem Stadtbezirksbeiräte bzw. Vorschläge zur Straßeninstandsetzung für den Stadtteil in öffentlicher Sitzung beraten und entschieden werden können, ist bereits 2007 gestartet. Die Wählervereinigung Leipzig fordert, die Idee eines Bürgerhaushalts endlich konsequent weiterzuentwickeln und für die ganze Stadt einzuführen.

Kommunalpolitik ist für die Wählervereinigung Leipzig keine Einbahnstraße, deren Richtung von einigen Wenigen bestimmt wird. Demokratie kann allerdings nur dann lebendig gestaltet werden, wenn alle Bürgerinnen und Bürger von ihrem verbrieften Recht auf Mitbestimmung regen Gebrauch machen, mitwählen, mitmachen, mitdiskutieren, mitentscheiden und immer bestens informiert sind. Konflikte entstehen zumeist durch Desinformation und Vorurteile. Um die Bürger besser zu informieren, einzubinden und das Konfliktpotenzial in Grenzen zu halten, unterstützt die Wählervereinigung Leipzig das direkte Gespräch zwischen Bürgern, politischen Vertretern und der Verwaltung auf vielfältige Weise.

Als Wählervereinigung Leipzig wollen wir weiterhin den regen Informationsaustausch an vielen „runden Tischen“ fördern und pflegen, anstatt in Großveranstaltungen über Projekte zu diskutieren, deren Gestalt an den „grünen Tischen der Obrigkeit“ bereits festgezurrte wurde.

3. Für eine transparente und moderne Stadtverwaltung, die für den Bürger und die Unternehmen da ist

Die Wählervereinigung Leipzig begreift Informationsfreiheit als eine Chance für modernes Verwaltungshandeln. Wir fordern deshalb ein allgemeines Auskunfts- und Akteneinsichtsrecht auf Landesebene, das auch die Gemeindeordnung mit einbezieht. Dieses Recht soll voraussetzungslos jedem zustehen, der dies wünscht. Derzeit ist ein derartiger Anspruch entweder auf einen bestimmten sachlichen Bereich begrenzt, oder der

Betroffene muss Beteiligter an einem Verwaltungsverfahren sein, oder sein Anspruch bezieht sich auf die eigenen personenbezogenen Daten, oder er muss ein berechtigtes oder gar rechtliches Interesse nachweisen. Der Grundsatz des Amtsgeheimnisses wird zwar partiell durchbrochen, ist aber in seinem Grundgehalt unangetastet.

Woher kommt diese hartnäckige Zurückhaltung gegenüber einem Prinzip, das weltweit seinen Siegeszug angetreten hat und das bislang nirgendwo Befürchtungen bestätigt hat, die Verwaltung werde von Auskunftersuchen überschwemmt und lahm gelegt und in ihrer Handlungsfähigkeit beeinträchtigt oder die innere Sicherheit sei bedroht? Aus welchen Gründen tun wir uns so schwer, im Verhältnis zwischen Verwaltung und Bürger Transparenz herzustellen und Einblick in das Verwaltungshandeln zu gewähren? Warum gibt es Vorbehalte dagegen, dass die Bürgerinnen und Bürger erfahren, wie die Verwaltung arbeitet, wer was aus welchen Gründen entschieden hat, welche Aspekte entscheidend waren, welche Auswirkungen berücksichtigt wurden und auf welche Fakten man sich gestützt hat?

Die Wählervereinigung Leipzig verkennt nicht, dass mit dem Amtsgeheimnis und der Amtsverschwiegenheit dem Bürger garantiert werden soll, dass seine Anliegen und alle Vorgänge, die ihn betreffen, bei der Verwaltung in besten Händen sind und keinem Unbefugten offenbart werden. Der Bürger soll der Verwaltung trauen, ja sogar sich ihr anvertrauen können, wie es bezeichnenderweise auch in § 353 b des Strafgesetzbuches heißt, der den unbefugten Bruch des Amtsgeheimnisses unter Strafe stellt. Und § 30 des Verwaltungsverfahrensgesetzes räumt unverändert den an Verwaltungsverfahren Beteiligten den Anspruch darauf ein, „dass ihre Geheimnisse, insbesondere die zum persönlichen Lebensbereich gehörenden Geheimnisse sowie die Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse, von der Behörde nicht unbefugt offenbart werden.“

Auch wenn das Amtsgeheimnis und die Amtsverschwiegenheit von ihrer Anlage her ursprünglich nicht gegen den Bürger gerichtet war, sondern im Gegenteil seine Belange schützen und sein Vertrauen in die Verwaltung stärken sollte, gehen ihre Auswirkungen nach Auffassung der Wählervereinigung Leipzig vielfach und zunehmend in eine andere Richtung. Dem Vertrauen des Einzelnen in die Verschwiegenheit der Verwaltung, was seine persönlichen Belange betrifft, steht auf der anderen Seite ein schwindendes Vertrauen in die Verwaltungstätigkeit insgesamt entgegen. Denn wo Transparenz fehlt, wo nicht nachvollzogen werden kann, wie Entscheidungen zustande gekommen sind und worauf sie sich stützen, da schießen schnell Spekulationen und Unterstellungen ins Kraut.

Gleichzeitig fordert die Wählervereinigung Leipzig den entschiedenen Schutz personenbezogener Daten von der Stadtverwaltung und insbesondere eine Abkehr von der Praxis, Melderegisterdaten etwa an private Adressverlage ohne Einwilligung der Bürger herauszugeben.

Darüber hinaus fordert die Wählervereinigung Leipzig ein effizienteres Verwaltungshandeln. Dies bedeutet konkret unter anderem für uns auch den Ausbau des „Virtuellen Rathauses“ durch das Online-Abrufen und -Absenden von Anträgen und Formularen. Langes Warten in Fluren und an Schaltern soll auch in Leipzig bald vollständig der Vergangenheit angehören.

Auch wer sich selbst keinen Computer leisten kann oder will, soll an Leipzigs virtuellem Rathaus beteiligt werden. „Bürger-PCs“ dürfen von jedermann benutzt und sollen von ehrenamtlichen Mentoren betreut werden.

In diesem Zusammenhang soll auch die Nutzung des Internets für alle kommunalen Anliegen kostenlos sein. Wer etwa einen sog. „Bürger-PC“ nutzt, nimmt seine persönlichen Daten - auch beispielsweise individuelle Einstellungen des Bildschirms - auf einem Speichermedium mit nach Hause. Niemand sonst hat Zugriff darauf.

Des Weiteren muss die Nutzung des Ratsinformationssystems verbessert werden.

4. Bildung - Offene Türen für ein lebenslanges Lernen

Der „Rohstoff“ für die Zukunft wird nicht wie bisher aus Agrarprodukten, Konsum- und Wirtschaftsgütern oder Bodenschätzen bestehen, sondern in zunehmendem Maße aus dem Wissen, dem Innovationspotenzial und der sozialen Kompetenz unserer Mitbürger gewonnen werden. Die Zukunft der Stadt hängt deshalb stark vom Bildungsniveau ihrer Bürger ab!

Ein hoher Lebensstandard und der Fortschritt im Zeitalter der Globalisierung haben ihren Preis. Ein Preis, der langfristig auch auf Kosten etablierter Bildungssysteme und Berufsbilder gehen wird. Ganze Berufsgruppen sind bereits verschwunden und wurden durch neue ersetzt. Die Forderung nach international anerkannten Qualifikationen verändert den Bildungssektor und die Berufswelt bereits jetzt nachhaltig. Der rasante Fortschritt der Informations-, Kommunikations- und Produktionstechnologien verlangt ein Höchstmaß an Flexibilität im Berufsleben. Nicht erst für künftige Generationen wird daher lebenslanges Lernen zum Alltag gehören.

Mit dem breiten Spektrum an Schulen und Bildungseinrichtungen (Museen, Volkshochschule usw.) für ganz Jung bis Alt existiert bereits eine entsprechende Infrastruktur. Den bereits bestehenden Qualitätsstandard gilt es jedoch nicht nur finanziell zu sichern, sondern weiter auszubauen. Der kostenfreie Besuch von Bildungseinrichtungen muss Kindern und Jugendlichen ermöglicht werden!

Leipzig nimmt im innersächsischen Bildungsvergleich nur eine hintere Position ein. Leipziger Schulen arbeiten zudem im Vergleich zu Schulen in anderen sächsischen Städten wesentlich weniger mit inhaltlichen Kooperationspartnern und Wirtschaftsunternehmen zusammen. Weder die Stadt noch die etablierten Parteien im Leipziger Stadtrat haben in der Vergangenheit ausreichende Anstrengungen dahingehend unternommen, diesen unhaltbaren Zustand zu beheben. Die Wählervereinigung Leipzig wird sich deshalb nachhaltig im Stadtrat für die Schaffung eines breiten Bündnisses für Bildung, in dem Kommune, Bildungseinrichtungen, Unternehmen sowie der Freistaat Sachsen eng zusammenarbeiten, stark machen.

Die Wählervereinigung Leipzig erkennt in diesem Zusammenhang aber auch ausdrücklich den hohen Stellenwert der staatlichen Schulen für die allgemeine Schulbildung an. Gerade die staatlichen Schulen stehen Schülern aus allen sozialen Schichten offen. Im Gegensatz zu Schulen in freier Trägerschaft ist es der staatlichen Schule nicht erlaubt, Schulbewerber nach entsprechender Eignung auszuwählen. Wir sehen in der Durchsetzung des allgemeinen humanistischen Bildungskanons eine demokratische Errungenschaft, die man nicht leichtfertig einer vermeintlichen Individualisierung und einer separatistischen Privatisierung der Bildungsangebote opfern darf.

Für die Wählervereinigung Leipzig gilt deshalb: Bei der Verteilung öffentlicher Mittel darf es zu keiner unkritischen Bevorzugung derjenigen Schulen, die sich in freier Trägerschaft befinden, kommen.

Auch wenden wir uns gegen die mittlerweile schon sehr weit reichende öffentliche Herabsetzung des Lehrerberufs.

Weitere Anliegen der Wählervereinigung Leipzig sind auch die Förderung der Schulsozialarbeit und nicht zuletzt die dringend notwendige Sicherung der Verkehrswege für Kindergartenkinder und Schüler.

5. Kinder bedeuten Zukunft

Trotz des stetigen Geburtenanstiegs in den letzten Jahren und dem Umstand, dass wieder mehr junge Familien ihren Wohnsitz in Leipzig nehmen, ist der Altersdurchschnitt der Leipziger Bevölkerung und mit ihm die Anzahl der Senioren gestiegen. Kinder bedeuten für die Wählervereinigung Leipzig deshalb auch Zukunft.

Derzeit gibt es knapp 200 Einzelmaßnahmen der Stadt Leipzig, die dazu beitragen, die Stadt für junge Menschen attraktiver zu machen und sie ermuntern, hier mit ihrer Familie zu leben oder eine Familie zu gründen. Nicht unerwähnt sollen die vielfältigen Aktivitäten der Wirtschaft und der Kirchen in diesem Zusammenhang bleiben. Die Einrichtung eines

Familienbüros in Kooperation mit dem Bündnis „Familienstadt“ wurde geschaffen.

Trotzdem muss der weitere Ausbau Leipzigs zu einer kinder- und familienfreundlichen Stadt unvermindert weiter gehen.

Erst 2005 wurde mit einem Ratsbeschluss für Leipzig das strategische Ziel formuliert, in der Stadt Voraussetzungen zu schaffen und zu erhalten, damit insbesondere junge Menschen und Familien mit Kindern in Leipzig wohnen bleiben bzw. ihren Wohnsitz nach Leipzig verlegen. Reichlich spät!

Den etablierten Parteien im Leipziger Stadtrat ist es bis heute nicht gelungen, jungen Familien ein ausreichendes Betreuungsangebot, insbesondere für Kinder unter drei Jahren, in kommunaler Trägerschaft bereit zu stellen.

Die Wählervereinigung Leipzig fordert daher neben der Erweiterung des Betreuungsangebots auch den Verzicht auf jegliche Zugangskriterien. Anstrengungen dahingehend, einen beitragsfreien Besuch in Kindertageseinrichtungen zu ermöglichen, werden von der Wählervereinigung Leipzig mit unterstützt.

Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf muss allerdings auch von ansässigen und heimischen Unternehmen durch flexible Arbeitszeitmodelle, ein familienfreundliches Betriebsklima und einer betrieblich unterstützten Betreuung von Kindern mit ermöglicht werden.

Die Attraktivität der Stadt als Wohnort für Familien muss weiter erhöht werden. Die Wählervereinigung Leipzig fordert insbesondere, verstärkt Spielmöglichkeiten und öffentliche Handlungsräume für Kinder und Familien zu schaffen, in dem zum Beispiel Freiflächen um- oder neu gestaltet und weitere Familienspielplätze geschaffen werden.

Der „Sächsische Bildungsplan – ein Leitfaden für pädagogische Fachkräfte in Kinderkrippen und Kindergärten“ ist bereits seit Inkrafttreten des neuen Gesetzes zur Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen im Dezember 2005 verbindliche Grundlage für die pädagogische Arbeit in Kindertageseinrichtungen und in der Kindertagespflege.

Allerdings ist der „Sächsische Bildungsplan“ in Leipzig bislang mangels Personal nur unzureichend umgesetzt worden. Die Stadtverwaltung hat in der Vergangenheit die Beseitigung dieses Defizits gegenüber der sächsischen Staatsregierung nur unzureichend artikuliert und eingefordert. Die Wählervereinigung Leipzig will deshalb eine Änderung des Betreuungsschlüssels, um die Einstellung von mehr Personal in den Kinderkrippen und Kindergärten endlich zu ermöglichen.

6. Jugend - „Gleiches Recht für alle“

Leipzig hat in der Jugend(kultur)politik einen erheblichen Nachholbedarf! Alle im Stadtrat vertretenen etablierten Parteien haben dieses Politikfeld bislang nur stiefmütterlich behandelt. Junge Leute brauchen attraktive Angebote, um sich außerhalb der Schulen und dem vielfältigen Angebot der Jugendarbeit auch politisch verwirklichen zu können. Sie haben das gleiche Recht auf Mitwirkung in entsprechenden Gremien wie die ältere Generation. Dazu brauchen sie „Freiräume“ in denen sie Ideen entwickeln und ihren Interessen Gehör verschaffen können.

Die Wählervereinigung Leipzig wird sich daher im Stadtrat als Sprachrohr der Jugendlichen für die Schaffung von Jugendräten in allen Stadtbezirken einsetzen, mit dem Ziel, Jugendliche an der Gestaltung ihres Lebensumfeldes auf kommunaler Ebene zu beteiligen. Die Stadt hat einen Dialog mit den Jugendlichen über die Schaffung entsprechender Jugendräte zu führen.

Jugendliche sollen sich zu allen Angelegenheiten in ihrem Stadtbezirk äußern sowie Wünsche und eigene Ideen, zum Beispiel zu Spiel- und Sportanlagen, Umweltschutzaktionen, Bau und Sicherung von Radwegen oder Personennahverkehr, zum Städtepartnerschaftlichen Austausch usw. entwickeln können.

Alle Jugendlichen von 14 bis einschließlich 18 Jahren, sofern sie mindestens drei Monate im Stadtbezirk wohnen, sollen bei den dann alle zwei Jahre stattfindenden Jugendratswahlen wählen und sich wählen lassen können. In aller Regel sollen die Wahlen an Schulen und in Jugendclubs stattfinden können. Von den Jugendlichen muss allerdings auch der Wunsch auf Einrichtung eines derartigen Gremiums klar artikuliert werden. Durch diese "parlamentarische Form" sollen jedoch andere Beteiligungsformen nicht ausgeschlossen werden.

Zu den wichtigsten Grundsätzen und Rahmenbedingungen der Leipziger Jugendräte sollen gehören: Ein Jugendrat kann selbst festlegen, dass ein Mitglied den Vorsitz übernimmt. Die Stadtbezirksbeiräte sowie Ortschaftsräte müssen sich mit den von den Jugendräten vorgebrachten Anliegen beschäftigen. Soweit ein Jugendrat Vorstellungen/Wünsche mit gesamtstädtischem Bezug äußert, können Vertreterinnen und Vertreter des Jugendrats zu den Sitzungen des Jugendhilfeausschusses eingeladen werden. Alle spezifischen Wünsche oder Vorstellungen der Jugendlichen in kommunalen Angelegenheiten auf Stadtbezirks- oder Ortschaftsebene können selbständig oder auf Anforderung des Stadtbezirks - bzw. Ortschaftsrates zur Geltung gebracht werden. Die Größe des jeweiligen Jugendrats soll sich nach der Einwohnerzahl des Stadtbezirks richten.

Darüber hinaus will sich die Wählervereinigung Leipzig für die Erarbeitung von Jugendleitlinien stark machen. Diese Leitlinien für die Jugendarbeit sollen künftig das Gerüst der kommunalen Jugendarbeitsplanung und damit die Basis der Bereitstellung der fach- und bedarfsgerechten Leistungen der Stadt sein.

7. Senioren – Aus Erfahrung gut

Die demografische Entwicklung mit einem steigenden Anteil älterer Menschen in Deutschland, insbesondere in Sachsen, ist durch vielfältige Studien belegt. Die Wählervereinigung Leipzig ist sich der gravierenden Veränderungen, die der demografische Wandel auch für unsere Stadtgesellschaft mit sich bringt, bewusst.

In der Tatsache, dass Menschen älter, auch in der Mehrzahl gesünder älter werden, sieht die Wählervereinigung Leipzig Chance und Herausforderung zugleich, dass deren langjährig erworbenen Erfahrungen, Kompetenzen und Potenziale in die Gesellschaft verstärkt eingebracht werden können.

Die „Jungen Alten“ sind erfahrungsgemäß meist diejenigen, die – über die eigentliche Elterngeneration hinweg – beste Beziehungen zu ihren „Enkeln“ pflegen und besonders viel Verständnis für die Jugend aufbringen. Es gibt eine Fülle von Möglichkeiten, solche Kontakte und gleiche Interessen auch außerhalb der Familien zu pflegen und damit Verbindungen zwischen Generationen zu schaffen, die gerne von einander profitieren möchten aber räumlich getrennt leben.

Die Wählervereinigung Leipzig will sich daher im Stadtrat für die Zusammenführung speziell dieser Generationen engagieren und „Mehrgenerationenhäuser“ zu unterschiedlichsten Themen in allen Stadtbezirken etablieren und kultivieren. Das Fachwissen und die Lebenserfahrung der Älteren darf nicht brach liegen. Dies gilt es seitens der Stadt zu fördern und auszubauen. Auch Kooperationen mit der Wirtschaft sind einzugehen.

Des Weiteren spricht sich die Wählervereinigung Leipzig für die Einführung eines Demografiechecks aus, d.h. jede Entscheidung des Stadtrates oder der Stadtverwaltung muss auf ihre Vereinbarkeit mit dem demografischen Wandel erfolgen.

Die Wählervereinigung Leipzig will sich im Stadtrat auch dafür einsetzen, dass sachkundige Vertreter aus dem Seniorenbeirat als beratende Mitglieder in die bestehenden Fachausschüsse berufen werden können.

8. Integration - Vielfalt statt Einfalt

Leipzig ist – nicht zuletzt aufgrund seiner Geschichte als Bürger-, Handels-, Kultur- und Messestadt – weltoffen, tolerant und kommunikativ. Als Partner in einem friedlichen Europa der Regionen und durch die internationalen Verbindungen der Bildungseinrichtungen, der Industriebetriebe, des Handels sowie Gewerbes und nicht zuletzt der Vereine, kann Leipzig ein wichtiger Integrationsfaktor im europäischen Umfeld werden. Integration heißt aber auch, Neubürgern unterschiedlichster Herkunft die Stadttore zu öffnen und ihnen alle Wege zur Integration (weiter) zu ebnen.

Nach letzten Erhebungen des Amtes für Statistik und Wahlen hat Leipzig einen Ausländeranteil von lediglich 6,8 % - deutlich unter dem Niveau vergleichbarer westdeutscher Großstädte.

Unsere ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürger brauchen unsere Unterstützung. Neben Institutionen wie dem städtischen Ausländerrat, sind wir alle dazu aufgerufen, Sprachbarrieren und Toleranzschwellen abzubauen und Probleme im alltäglichen Miteinander gemeinsam zu bewältigen.

Das Erlernen der deutschen Sprache muss von ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürgern gewollt sein und auch von der Stadt nachhaltig gefördert werden. Ebenso muss eine gute Bildung und Ausbildung gesichert sein, so dass die Arbeitsmarktchancen der ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürger in Leipzig erhöht werden.

Für die Wählervereinigung Leipzig bedeutet Integration die Eingliederung von Ausländern in die deutsche Gesellschaft, ohne von ihnen allerdings die Aufgabe ihrer ethnischen Identität zu verlangen. Kulturelle Pluralität ist zu leben, interkulturelle Kompetenz zu stärken! Die weitere Integration von Menschen mit ausländischer Herkunft ist und bleibt gesellschaftliche Herausforderung – auch in Leipzig! Die Wählervereinigung Leipzig fordert deshalb auch die Schaffung wirklicher Begegnungsmöglichkeiten der Kulturen, die einem „Nebeneinanderherleben“ und einer Separierung entgegen wirken.

Dem zunehmenden Rechtsradikalismus insbesondere bei jungen Menschen und die damit einhergehende Fremdenfeindlichkeit kann nach Auffassung der Wählervereinigung Leipzig nicht mit polizeilichen Maßnahmen allein begegnet werden. Die vielen sinnvollen bürgerschaftlichen Aktionen müssen durch nachhaltige Bildungsarbeit und Maßnahmen der Arbeitsmarktpolitik ergänzt werden. Es ist häufig die fehlende Perspektive auf eine Ausbildung bzw. Arbeitsstelle, die junge Menschen für rechtsradikales Gedankengut empfänglich macht. Deshalb brauchen wir für diesen Personenkreis eine gezielte Ausbildungs- und Arbeitsplatzoffensive.

Hier sollten von der Bundesagentur für Arbeit in Abstimmung mit der Kommune entsprechende Programme entwickelt werden. Bildung und Arbeit ist ein wichtiger Baustein gegen Rechts. Daneben sollten bestehende Aussteiger-Programme gefördert und weitere eingerichtet werden.

9. Wirtschaft und Arbeit fördern - Leipzig weiter entwickeln

Das Jahr 2008 weist den Angaben der Agentur für Arbeit zufolge die beste Arbeitsmarktsituation in Sachsen seit 1991 auf. Dennoch hat Leipzig den notwendigen Strukturwandel im Vergleich zu Dresden und Chemnitz bis heute nicht in ausreichendem Maße vollzogen und wirtschaftsstarke Unternehmen sind bis heute in unserer Stadt nicht in ausreichender Anzahl vorhanden, so dass auch mittelständische heimische Betriebe und das Handwerk nachhaltig von einer derartigen Entwicklung profitieren würden. Nach Auffassung der Wählervereinigung Leipzig ist hierfür auch eine verfehlte Wirtschaftspolitik der städtischen Verwaltung in den 90er Jahren mitursächlich. Lokale und regionale Wirtschaftskreisläufe fehlen bis heute weitgehend. Die zu hohe Beschäftigung der Leipzigerinnen und Leipziger im Niedriglohnbereich ist ebenfalls als großes Problem zu benennen, das den städtischen Haushalt mit belastet.

Aufgrund des verschärften Standortwettbewerbs und der Globalisierung der Wirtschaft kommt der kommunalen Wirtschaftsförderung daher auch eine besondere Stellung und Verantwortung innerhalb der Stadtverwaltung zu. Sie erfüllt heute vor allem eine Moderatoren- und Koordinatorenfunktion und ist zentraler Ansprechpartner für Unternehmen, Verbände, Organisationen und Institutionen. Die Wählervereinigung Leipzig ist in diesem Zusammenhang der Auffassung, dass das zuständige Dezernat dieser besonderen Verantwortung gerade angesichts der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise in verstärktem Maße wieder gerecht werden muss.

Die „Schaffung von Rahmenbedingungen zum Erhalt bzw. zur Neuschaffung von Arbeitsplätzen“ und die damit verbundene Verbesserung der Zukunftschancen der Leipziger Bürgerschaft wurde als strategisches Ziel Nummer Eins der Kommunalpolitik, wenn auch spät, so doch im Jahr 2005 von der Ratsversammlung beschlossen. Diesem Ziel schließt sich die Wählervereinigung Leipzig an.

In diesem Zusammenhang hat der Stadtrat im September 2008 den endlich von den Dezernaten Wirtschaft und Arbeit sowie Jugend, Soziales, Gesundheit und Schule vorgelegten „Leipziger Aktionsplan für Beschäftigung“ als Rahmenplan beschlossen. Dieser Aktionsplan findet auch grundsätzliche Unterstützung durch die Wählervereinigung Leipzig. Wir fordern allerdings zum einen die konsequente Umsetzung des Aktionsplans, zum anderen aber auch die ständige konsequente Überprüfung der verabredeten Maßnahmen auf ihren Erfolg.

Angesichts der Finanz- und Wirtschaftskrise muss nach Auffassung der Wählervereinigung Leipzig dieser Aktionsplan allerdings bereits heute aufgrund der veränderten Rahmenbedingungen auf den Prüfstand gestellt werden. Die Wählervereinigung Leipzig fordert aber auch, dass künftig bereits eine viertel jährliche Berichterstattung über die Umsetzung der Maßnahmen und Weiterentwicklung des Aktionsplanes dem Stadtrat gegenüber zu erfolgen hat. Ein erster Umsetzungsbericht soll erst im 1. Quartal 2010 erfolgen. Aus Sicht der Wählervereinigung Leipzig viel zu spät.

Die Wählervereinigung Leipzig kritisiert in diesem Zusammenhang zudem, dass die etablierten Parteien in den vergangenen Jahrzehnten dieses kommunalpolitische Ziel im Stadtrat nur mäßig und mit wenig greifbaren Ergebnissen bearbeitet haben. Viel zu wenig war die Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik Gegenstand von Ratsversammlungen. Dies will die Wählervereinigung Leipzig ändern.

Die Wählervereinigung Leipzig spricht sich für den Erhalt kommunaler Betriebe, wie den Stadtwerken, Wasserwerken, Verkehrsbetrieben und der städtischen Wohnungsgesellschaft, die der Daseinsvorsorge dienen, aus. Eine funktionierende Infrastruktur für Bürger und Wirtschaft muss gewährleistet bleiben.

Wegen des deutlichen Votums der Leipzigerinnen und Leipziger beim letzten jährigen Bürgerentscheid sind die kommunalen Eigenbetriebe zunächst bis 2011 zu erhalten. Dennoch muss auch vor dem Hintergrund der weiterhin zu hohen Verschuldung der Stadt sowie einige ihrer Unternehmen bald wieder ideologiefrei und insbesondere aufgrund § 97 der Sächsischen Gemeindeordnung ergebnisoffen und kritisch überprüft werden, welche der fast 200 städtischen Unternehmen tatsächlich der kommunalen Daseinsvorsorge zuzuordnen sind und welche städtischen Unternehmen möglicherweise auch die Entwicklung eines gesunden Mittelstandes beeinträchtigen, indem sie Marktregeln nicht unterworfen sind.

Der Aufgabenbestand der öffentlichen Daseinsvorsorge wird daraufhin zu überprüfen sein, welche Aufgaben künftig von der Stadt in eigener Trägerschaft wahrgenommen werden müssen, welche nicht von ihr selbst, aber unter ihrer Verantwortung wahrgenommen werden sollten und auf welche Aufgaben ganz verzichtet werden kann. Kriterien müssen dabei vor allem die Sicherheit und Zuverlässigkeit der Versorgung sein. Die Städte können ihren Sicherstellungsauftrag unter bestimmten Voraussetzungen auch dann erfüllen, wenn am Allgemeinwohl orientierte Ziele in die Ausschreibung aufgenommen werden.

10. Konsolidierung des städtischen Haushalts fortsetzen – Handlungsfähigkeit der Stadt sichern

Die auch weiterhin massive Verschuldung unserer Stadt und einige ihrer Unternehmen bereiten der Wählervereinigung Leipzig große Sorgen. Den eingeschlagenen Pfad des erforderlichen und konsequenten Schuldenabbaus darf die Stadt nicht wieder verlassen. Unsere Stadt muss zukünftig wieder hinreichend leistungsfähig sein! Die Anstrengungen hinsichtlich einer weiteren Konsolidierung des städtischen Haushaltes werden deshalb von der Wählervereinigung Leipzig mit unterstützt.

Die Gelder der Stadt sind Steuergelder und müssen sparsam verwendet werden. Dies gilt es sich ständig bewusst zu machen. Investitionen haben Vorrang vor Konsumtion.

Ausgaben für Wünschenswertes dürfen nicht dazu führen, dass die Stadt in einigen Jahren - gerade vor dem Hintergrund der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise - Dringenderes und Lebenswichtigeres nicht mehr finanzieren kann.

Die Wählervereinigung Leipzig fordert allerdings in diesem Zusammenhang - insbesondere von der Stadtverwaltung - künftig einen offenen regelmäßig stattfindenden Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern zu führen, um so die notwendige Transparenz herzustellen und das entsprechende Wissen den Leipzigern zur Verfügung zu stellen.

Die explodierenden Kosten bei Bauvorhaben wie dem City-Tunnel und der Tropenerlebnisswelt Gondwanaland des Leipziger Zoos haben im letzten Jahr bei der Bevölkerung vielfach ein verständnisloses Kopfschütteln verursacht. Künftig müssen die Kosten für städtische Bauvorhaben oder für Vorhaben, an denen die Stadt sich mitbeteiligt, absehbar sein und vorausschauend kalkuliert werden. Die Wählervereinigung Leipzig fordert daher einen neuen klar definierten Planungs- und Entscheidungsprozess, eine bessere Projektsteuerung unter den beiden Aspekten Projekt- und Finanzcontrolling und vielleicht einen „point of no return“, d.h. einen Punkt, an dem nichts mehr dazu kommen darf. Eine verwaltungsinterne Arbeitsgruppe (angesiedelt im Baureferat) ist zu beauftragen.

Stellen die städtischen Betriebe ein unkalkulierbares Haushaltsrisiko dar? Die Beantwortung dieser komplexen Frage ist auch unter Berücksichtigung des § 97 der sächsischen Gemeindeordnung für die Wählervereinigung Leipzig von besonderer Wichtigkeit. Bereits im Dezember 2008 hat die Wählervereinigung Leipzig deshalb die Stadt aufgefordert, hinsichtlich aller städtischen Betriebe, deren Töchter und Beteiligungsgesellschaften ein sogenanntes „Kassensturzpapier“ auszuarbeiten und noch vor den Stadtratswahlen der Ratsversammlung vorzulegen. Eine Reaktion seitens der Stadt auf unserer Forderung haben wir bis zur Verabschiedung unseres Wahlprogramms nicht erhalten, so dass wir unsere Forderung weiter aufrechterhalten.

11. Mittelpunkt Funktion der Kommunen im politischen Leben muss gestärkt werden

Als Wählervereinigung Leipzig wollen wir eine von unten aufgebaute Demokratie. Kommunalpolitik ist für die Wählervereinigung Leipzig nicht die Restgröße der Politik. Sie ist ein wichtiges Glied in der politischen Willensbildung des Volkes. In ihr wird Demokratie an der Basis gelebt. Die Entflechtung von Parteien und Kommunen, von Politik und Verwaltung sowie die Rückkehr zu einem ernst gemeinten und echten Föderalismus sind deshalb für die Wählervereinigung Leipzig von grundsätzlicher Bedeutung.

Die Wählervereinigung Leipzig vertritt daher in diesem Zusammenhang auch die Auffassung, dass es Zeit ist für eine nachhaltige Verbesserung der Finanzaufweisungen an Städte, Gemeinden und Landkreise.

Daneben muss der kommunalen Selbstverwaltung wieder ein größerer Handlungsspielraum zukommen, so dass von dieser zum Beispiel mit mehr Eigenverantwortung Fördergelder wirksam eingesetzt werden können. Ein Abbau von praxisfremden Vorschriften, die zur Lichtung des Förderdschungels führen, ist in diesem Zusammenhang zwingend erforderlich. Es muss außerdem Schluss mit dem Griff in kommunale Kassen durch Bund und Land sein.

12 . Für eine zukunftsorientierte Stadtentwicklung - Wachstum ohne Reue

Angesichts der globalen und sonstigen Rahmenbedingungen (Demografie, Bevölkerungsveränderung, Arbeitsmarktsituation, Kaufkraftverlust etc.) und der anhaltenden Finanzkrise unserer Stadt sieht die Wählervereinigung Leipzig diese bei ihrer weiteren Entwicklung mit großen Herausforderungen konfrontiert. Sowohl die Bundesregierung wie auch die sächsische Staatsregierung müssen gerade angesichts dieser neuen und globalen Herausforderungen die Stärkung der Innenstädte und Ortskerne zu einem Kernanliegen ihrer gesamten Politik und Maßnahmen machen. Sie müssen endlich erkennen, dass nur gesunde Städte und Gemeinden die Zukunftsfähigkeit des gesamten Landes gewährleisten.

Stillstand ist Rückschritt. Das gilt auch für die Weiterentwicklung unserer Stadt, die den veränderten Ansprüchen der Bürger gerecht werden muss. Dies geht nur durch behutsame, aber permanente Überformung des Vorhandenen. Dabei gilt es, den wertvollen Bestand an alten Bauten in unserer Stadt zu bewahren, aber gleichzeitig neue, zeitgerechte Impulse an den richtigen Stellen zu setzen – schließlich soll unsere Stadt nicht nur liebenswert, sondern auch lebenswert sein. Neben dem Um- bzw. Ausbau der Ausfallstraßen sollte vordringliches Ziel sein, zuerst die brachliegenden Flächen zum Beispiel ehemaliger Industrie- und Gewerbebauungen einer

neuen Nutzung zuzuführen, bevor im Umland neue Bauflächen der Natur entrissen werden. Dazu bedarf es nach Auffassung der Wählervereinigung Leipzig außer einer zukunftsorientierten Stadtplanung, die neben der Kernstadt auch die eingemeindeten Ortsteile nachhaltig in die Planungen mit einzubeziehen hat, auch eines wachen und aktiven Flächenmanagements der Verwaltung, das insbesondere weitere Zersiedelung beschränkt aber auch das jeweilige städtische Umfeld sensibel im Abwägungsprozess mitberücksichtigt.

In diesem Zusammenhang will die Wählervereinigung Leipzig im künftigen Stadtrat auch Anstrengungen unterstützen, die einerseits den Erhalt des vorhandenen breiten Wohnangebots sichern sowie andererseits die Schaffung neuer Qualitäten durch neue Wohnformen fördern helfen.

Nicht nur die Schaffung eines familienfreundlichen Wohnungsangebotes in einem kinderfreundlichen Umfeld und einer entsprechenden sozialen und Bildungsinfrastruktur, sondern auch die Schaffung altersfreundlicher, barrierefreier Wohnangebote - auch um wohnungsnah ambulante Pflegeangebote - sind der Wählervereinigung Leipzig ein wichtiges Anliegen.

Der Erhalt von ausreichend preiswertem Wohnraum muss gewährleistet bleiben. Aus Sicht der Wählervereinigung Leipzig kommt hierbei der Leipziger Wohnungs- und Baugesellschaft (LWB) als kommunale Wohnungsgesellschaft eine besondere Verantwortung zu.

Die vielgestaltigen Umstrukturierungsprozesse der Stadtentwicklung haben zur Folge, dass leer stehende Gebäude und brach gefallene Flächen an vielen Standorten eher sporadisch vermarktet werden können. Die - teilweise Jahre bis Jahrzehnte - ungenutzten Räume wirken als Störstelle im Stadtgefüge. Sie produzieren auf der Quartiersebene ein negatives Image, das Attraktivitätsverluste des Standortes bewirkt.

Die Wählervereinigung Leipzig fordert in diesem Zusammenhang konsequente Anstrengungen der Stadt, Projektideen zu fördern und Projekte nachhaltig zu unterstützen, die leer stehende Gebäude und brach gefallene Flächen einer Vermarktung zu führen, ein. Durch eine formelle und informelle Projektentwicklung könnten endlich sozialräumliche Handlungsoptionen für einen zeitgemäßen Umgang mit leer und brach gefallenem Raum geschaffen werden. Gemeinsam mit allen Beteiligten könnten Handlungskonzepte für eine nachhaltige und soziale Kultur des Gebrauchs im Umgang mit Raum geschaffen werden. Aus Sicht der Wählervereinigung Leipzig sind Netzwerke zwischen Immobilieneigentümern und Nutzungsinteressenten zu knüpfen, um Räume für frische Impulse und zivilgesellschaftliches Engagement zu öffnen. Sowohl für temporäre Lösungen, als auch für überdauernde Strategien würden diese neuartigen Praktiken der Raumnutzung dazu beitragen, den veränderten Strukturbedingungen unserer Gesellschaft zu begegnen. Sie würden außerdem zur Unterstützung und Stabilisierung der lokalen Ökonomie beitragen, neue Tätigkeitsformen fördern, günstige

Startbedingungen an Standorten in strukturellen Umbruchsituationen schaffen und Wegbereitung für dauerhafte Umnutzungen sein.

Ein weiterer Ausbau der Infrastruktur in und um Leipzig muss von einem umfassenden und wirksamen kommunalen Lärmschutzprogramm begleitet werden. Gerade der angestrebte Ausbau Leipzigs zum internationalen Logistikzentrum unterstreicht dessen Notwendigkeit. Die Lärmbelastung durch den Straßen-, Bahn- und Flughafenverkehr hat mittlerweile an vielen Orten Leipzigs ein geradezu unerträgliches Maß erreicht. So etwa hat die Lärmemission durch den Flughafen Leipzig/Halle die im entsprechenden Planfeststellungsverfahren die erst für 2015 prognostizierten Werte bereits heute teilweise überschritten. Wir betrachten es als Selbstverständlichkeit, dass alle im verfügbaren Teil des Planfeststellungsverfahrens zum Ausbau des Flughafens Leipzig/Halle aufgezeigten Lärmschutzmaßnahmen ohne jede Einschränkung von den verantwortlichen Stellen durchgesetzt werden. Das bedeutet zu aller erst, keinerlei Abstriche in der festgeschriebenen Gleichverteilung der Starts und Landungen auf die Nord- und Südbahn sowohl am Tag als auch in der Nacht, Verbot der sogenannten „Schubumkehr“ bei Landungen sowie Einhaltung aller Emissionsgrenzwerte.

Der weitere Ausbau der Infrastruktur darf nicht gegen, sondern muss im Einvernehmen mit den Bürgern geschehen. Daher unterstützt die Wählervereinigung Leipzig auch alle Bürgerinitiativen, die sich für einen aktiven und passiven Lärmschutz in der Stadt Leipzig einsetzen. In diesem Zusammenhang wendet sich die Wählervereinigung Leipzig in aller Entschiedenheit gegen den Ausbau des Flughafens Leipzig zum Militärdrehkreuz.

Die Wählervereinigung Leipzig will sich im Stadtrat darüber hinaus insbesondere für den auch unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten konsequenten und notwendigen Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs mit einer attraktiven Preisgestaltung einsetzen sowie neuen intelligenten Verkehrslösungen („Straße für alle“) im Sinne des straßenverkehrsrechtlichen Gebots der gegenseitigen Rücksichtnahme auch in Leipzig den Weg ebnen.

Mit weiteren attraktiven Anreizen will die Wählervereinigung Leipzig den Individualverkehr in die und in der Leipziger Innenstadt reduzieren. Wir fordern deshalb den weiteren Ausbau des Radfahrwegenetzes sowie zum Beispiel ein „Fahrradparkhaus“, um dem Bedürfnis nach Abstellflächen im Innenstadtbereich endlich wirksam Rechnung zu tragen.

Die Wählervereinigung Leipzig fordert in diesem Zusammenhang auch die Schaffung von weiteren Straßenübergängen an potentiellen Gefahrenstellen, um die Sicherheit von Fußgängern aber auch Behinderten weiter zu gewährleisten.

13. Für den Schutz der Lebensgrundlagen und eine bezahlbare, sichere und umweltfreundlichere Energieversorgung

Sorgsamer Umgang mit den natürlichen Lebensgrundlagen Boden, Wasser und Luft ist politische Kernaufgabe. Auch die Auswirkungen des Energieeinsatzes der verschiedenen Energieträger auf unsere Umwelt müssen langfristig verantwortbar sein. Die Energieversorgung wird auch deshalb immer mehr zu einem politischen Schwerpunktthema, weil Politik wie Verbraucher den sprunghaften Preissteigerungen im Energiebereich momentan scheinbar hilflos gegenüberstehen. Es bilden sich problematische Versorgungsstrukturen und Abhängigkeiten. Erneuerbaren Energien muss in Zukunft eine Schlüsselrolle zukommen, um nicht in Sackgassen zu landen.

Für die Wählervereinigung Leipzig heißt dies, dass eine zukunftsweisende Energiepolitik dezentral und kleinräumiger, aber vernetzt angelegt sein muss. Ideologiefreiheit ist bei der Wählervereinigung Leipzig Handlungsgrundsatz. So wird man die Atomkraftwerke nicht von heute auf morgen abschalten können, andererseits ist es jedoch höchste Zeit, ernsthafte Planungen für die Energieversorgung nach oder neben dem Atomzeitalter mit erneuerbaren Energien unvoreingenommen anzustrengen. Je nach Region und natürlichen Voraussetzungen müssen die verschiedenen Energieformen gezielt genutzt und kombiniert werden.

Den Kommunen, so auch Leipzig, fällt dabei eine Schlüsselrolle bei der Umsetzung einer dezentralen und umweltfreundlicheren Energieversorgung zu. Die Stadt Leipzig hat endlich diese ihr zukommende Schlüsselrolle nachhaltig wahrzunehmen und eine Vorbildfunktion dem Bürger gegenüber einzunehmen!

Die Wählervereinigung Leipzig steht deshalb für eine konsequente Förderung erneuerbarer Energien (z.B. Solar-Bürgerkraftwerk) sowie bezahlbare Grundversorgung für Leipzigs Bürger. Des Weiteren fordert die Wählervereinigung Leipzig eine Modernisierungsoffensive der Stadt, die zur energetischen Verbesserung der Bausubstanz bei stadteigenen Gebäuden sowie zu einer energieeffizienten Straßenbeleuchtung führt.

14. Sicherheit und Ordnung in unserer Stadt - Mit Sicherheit unverzichtbar

Das Engagement, die Risikobereitschaft und der Leistungswille der vielen Festangestellten und freiwillig Aktiven im Polizeidienst, bei Feuerwehr und Katastrophenschutz, im medizinischen Sektor und auf vielen anderen sicherheitsrelevanten Gebieten des täglichen Lebens haben für einen hohen Sicherheitsstandard in unserer Stadt gesorgt.

Um eine entsprechend gute Ausstattung und – damit verbunden – auch weiterhin eine hohe Motivation der vielen genannten und ungenannten Helfer zu gewährleisten, steht die Wählervereinigung Leipzig für ein

ausgewogenes Verhältnis zwischen dem hohen Sicherheitsanspruch der Bevölkerung und einem wirtschaftlich vertretbaren Umfang an Investitionen.

Die Sicherheitskräfte können allerdings nur so schnell und wirksam eingreifen, wie sie über die Information zu Straftaten oder Unfällen verfügen. Hinsehen statt bewusst wegschauen, beherztes Auftreten, ohne sich selbst zu gefährden, sind Tugenden im Rahmen des Bürgersinns, die wieder kultiviert werden müssen. Durch die Mitwirkung des „wachen Bürgers“ kann trotz eingeschränkter Präsenz der Polizei ein höheres Maß an Sicherheit gewährleistet werden.

Die Einrichtung des kriminalpräventiven Rates sowie die Einbeziehung bürgerschaftlichen Engagements durch das Bürgercafé werden von Wählervereinigung Leipzig unterstützt. Die Wählervereinigung Leipzig regt aber an, den kriminalpräventiven Rat vierteljährlich tagen zu lassen und die Universität Leipzig in die Arbeit des Rates mit einzubeziehen. Städtische Projekte der Kriminalprävention, die das Ziel haben, verbesserte Sicherheitsstrukturen zu schaffen, dürfen allerdings nicht mit einem Rückzug der Polizei aus der öffentlichen Präsenz einhergehen. Die Wählervereinigung Leipzig spricht sich daher ausdrücklich für den Ausbau der Polizeipräsenz in der Fläche aus.

1996 war Leipzig Ausgangsort eines großangelegten polizeilichen Pilotprojektes, das die stationäre und permanente Videoüberwachung öffentlicher Plätze in Deutschland einführte. Weder eine kriminalitätssenkende bzw. –aufklärende Wirkung, noch eine Verbesserung des subjektiven „Sicherheitsgefühls“ konnten bis heute nicht nachgewiesen werden.

Für die Wählervereinigung Leipzig ist Videoüberwachung auf öffentlichen Plätzen keine nachhaltige Gewaltprävention. Sie ersetzt öffentliche Präsenz von Polizeibeamten nicht!

Neben einer leistungsfähigen Polizei und Justiz ist auch die Zivilcourage aller gefragt, welche eine Mentalität des Wegschauens ablösen muss. Verbrechensvorbeugung durch Verbesserung sozialer Rahmenbedingungen und die Erziehung zu gegenseitiger Achtung und zu mehr Rechtsbewusstsein sind Ziele der Wählervereinigung Leipzig.

Darüber hinaus will sich die Wählervereinigung Leipzig im Stadtrat dafür einsetzen, dass der Stadtordnungsdienst für mehr Ordnung in unserer Stadt sorgt. Aus Sicht der Wählervereinigung ist der Vollzugsdienst in Leipzig derzeit nicht ausreichend gewährleistet. Die Wählervereinigung Leipzig fordert neben einer wirksamen Personalaufstockung auch ein wirksames Qualitätsmanagement.

15. kulturelle Vielfalt fördern

Leipzig ist Kulturstadt! Die Wählervereinigung Leipzig will städtische Kultur in ihrer gesamten Breite bewahren und fördern.

Die existierenden Kultureinrichtungen der Stadt (Gewandhaus, Oper, Musikalische Komödie und das Centraltheater) werden von der Wählervereinigung Leipzig als Mindestbestand angesehen. Stagnation oder Bestandsminderung wollen wir verhindern. Die Stadt Leipzig gehört zu den Kulturmetropolen Deutschlands. Diese Position darf auf keinen Fall aufs Spiel gesetzt werden. Der gute Ruf Leipzigs als Kunst- und Kulturstandort ist zu sichern, um die Attraktivität unserer Stadt auch für den Tourismus und die notwendige Wirtschaftsansiedlung auszubauen.

Die Wählervereinigung Leipzig sieht sich in der Verpflichtung, unsere Stadt als Standort der Hochkultur zu erhalten und zu pflegen. Die Wählervereinigung Leipzig spricht sich allerdings für die Zusammenfassung der Verwaltungen der Bühnenbetriebe Oper, Musikalische Komödie und Centraltheater zu einer Betriebsstruktur (Personal-, Rechnungswesen, Allgemeine Verwaltung) als Drei-Sparten-Haus aus. Mit den Einsparungen im nicht künstlerischen Bereich könnte somit die Kürzung von Geldern im künstlerischen Bereich angesichts wirtschaftlich schwieriger Zeiten verhindert werden

Die Wählervereinigung Leipzig bekennt sich ausdrücklich zu einer nachhaltigen und vor allem ehrlichen Förderung der freien Kulturszene. Der Ratsbeschluss vom September 2008, wonach der Etat für die freie Kulturszene ab 2008 auf 2,5 % des Kulturetats zu erhöhen war und innerhalb der nächsten 5 Jahre schrittweise auf 5 % zu erhöhen ist, muss konsequent und ohne Haushalts-Tricksereien umgesetzt werden.

Angesichts der schwierigen finanziellen Situation fordert die Wählervereinigung Leipzig im Interesse der Kunst- und Kulturschaffenden wie auch aller Leipziger die Aufstellung eines nachhaltigen Kulturentwicklungsplans, in welchem sowohl Leitsätze, Prioritäten und Zielsetzungen als auch entsprechende Maßnahmen verbindlich festgeschrieben werden. In diesem sind außerdem verlässliche Rahmenbedingungen festzulegen, so dass zumindest mittelfristige Planungssicherheit auch künftig gegenüber kulturellen Einrichtungen, die finanzielle Unterstützung durch die öffentlich Hand erhalten, gewährleistet werden kann. Ebenso hat ein solcher Kulturentwicklungsplan den Bedürfnissen derjenigen Kulturprojekte, die keinerlei finanzielle Unterstützung erhalten, nach unbürokratischen, nicht willkürlichem sowie transparentem Verwaltungshandeln Rechnung zu tragen. Sponsoring ist einzuwerben und von der Stadt zufördern! Kulturelle Angebote sollen für jeden Bürger erreichbar und bezahlbar bleiben.

Zwar sieht die Stadt in der Kreativwirtschaft einen wichtigen Wirtschaftsfaktor der Zukunft, diese Erkenntnis hat aber weder bei der Stadt noch bei den im Stadtrat bislang vertretenen Parteien in der Vergangenheit

zu nachhaltigen Anstrengungen zur Förderung dieser geführt. All zu oft ist es bei bloßen Lippenbekenntnissen geblieben! Die Wählervereinigung Leipzig will sich deshalb mit Unterstützung der Betroffenen im Stadtrat für die Schaffung von genügend Freiräumen mit dem notwendigen Knowhow, in denen endlich entsprechende Geschäftsideen entstehen und sich entwickeln können, einsetzen.

16. Vereine - Gemeinsame Interessen verbinden

Musik, Sport, Kultur, Politik und überhaupt alle nur denkbaren Interessensgebiete bringen Gleichgesinnte zusammen und fördern das „Wir-Gefühl“ über bestehende gesellschaftliche Grenzen hinweg. Dies findet seinen Ausdruck in einer Vielzahl von Vereinen und Interessengemeinschaften, deren Aktivitäten und ehrenamtliche Tätigkeitsfelder eine Bereicherung für das gesellschaftliche Leben sind. Darüber hinaus leisten sie einen wesentlichen Beitrag zur kulturellen Vielfalt unserer Stadt. Ihre gemeinnützige Tätigkeit macht das möglich, was ansonsten unter den derzeitigen schwierigen wirtschaftlichen Bedingungen sang- und klanglos verschwinden würde.

Für die Wählervereinigung Leipzig als politische Vereinigung ohne parteipolitisches Korsett ist es geradezu eine Verpflichtung, derartige Aktivitäten (insbesondere auch die der Bürger- und Kleingartenvereine) durch vereinsfreundliche Rahmenbedingungen zu kultivieren, weiter finanziell zu fördern und auszubauen. Die ehrenamtliche Tätigkeit in den Vereinen muss von hauptamtlichen Mitarbeitern insbesondere bei der Organisation der Vereinsarbeit begleitet und unterstützt werden können, wenn dies von den Vereinen gewünscht wird. Die Bewilligung von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen in diesem Zusammenhang wurde jedoch mittlerweile eingestellt. Die Förderung von Beschäftigungszuschüssen, die einen Eigenanteil von mindestens 25 Prozent der Personalkosten durch den Träger erforderlich macht, kann von Vereinen meist nicht geleistet werden.

Unsere Position findet ihre Bestätigung in der Tatsache, dass eine Vielzahl der kommunalpolitisch aktiven Mitglieder der Wählervereinigung Leipzig gleichzeitig in verschiedensten Vereinen und Institutionen ehrenamtlich tätig sind.

17. Sportstadt Leipzig

Leipzigs Sportlandschaft ist mit ihren 370 Vereinen ein starkes Pfund und Netzwerk mit vielfältigen Inhalten und Werten. Mehr als 70.000 Leipziger sind Mitglieder in Sportvereinen. Damit hat sich der Organisationsgrad der Bevölkerung in den Sportvereinen von 1992 bis 2007 mehr als verdoppelt. Darüber hinaus hat Leipzig Deutsche Meister, internationale Titelträger und große Traditionsvereine.

Bereits im April 2007 hat die Ratsversammlung einstimmig den Oberbürgermeister und damit auch den Sportbürgermeister beauftragt ein neues Sportprogramm zu erarbeiten, das den Zeitraum vom 1.1.2008 bis 31.12.2015 umfassen und damit das Sportprogramm von 2005 ablösen sollte. Erst Ende des vergangenen Jahres wurden jedoch die Leitlinien und Schwerpunkte dieses Programms vom Sportbürgermeister vorgestellt. Das Programm ist bis heute (Verabschiedung unseres Wahlprogramms: 10.2.2009) nicht vom Stadtrat beschlossen worden. Nach Auffassung der Wählervereinigung Leipzig ist die Stadtführung deshalb Hemmschuh für die Entwicklung des sportlichen Potentials Leipzigs.

Für die Wählervereinigung Leipzig ist die Weiterentwicklung des Sports - auch als wichtiger Wirtschafts- und Beschäftigungsfaktor - eine Angelegenheit von besonderer Bedeutung für die Stadt, die in der Vergangenheit aus oben genannten Gründen jedoch nur unzureichend bearbeitet wurde.

Die Wählervereinigung Leipzig will sich im Stadtrat deshalb mit allen zu Gebote stehenden Mitteln für den Erhalt und die Förderung des Breiten-, Freizeit-, Behinderten- und Leistungssports und somit auch für die Förderung der vielen ehrenamtlich geführten Vereine, die das Sportangebot vorhalten und die Sportausübung erst ermöglichen, einsetzen. In diesem Zusammenhang sei auf die überaus wertvolle und nicht wegzudenkende Kinder- und Jugendarbeit der Vereine hingewiesen, der ein hoher Stellenwert im Rahmen der Sozialarbeit zukommt. Bei der Weiterentwicklung der Sportstätten sind auch insbesondere die spezifischen Bedürfnisse der Senioren und Behinderten verstärkt mit zu berücksichtigen. Die Sanierung alter und/bzw. der Bau neuer Sporthallen muss mit Entschiedenheit angegangen werden, so dass das Defizit an Sporthallenflächen kontinuierlich beseitigt wird. Die Nutzungszeiten der städtischen Schwimmbäder soll erweitert werden, sowie deren Nutzung für Vereine und Bürger bezahlbar bleiben.

Die Wählervereinigung Leipzig fordert außerdem endlich wieder ein zielgerichtetes Einwerben von Großveranstaltungen, denn hochkarätige Sportereignisse gehören zum unverzichtbaren Freizeitangebot einer attraktiven Stadt. Publikumsattraktive Veranstaltungen tragen dazu bei, den wirtschaftlichen Kreislauf vor Ort und in der Region mit in Schwung zu halten. Der Imagefaktor derartiger Großveranstaltungen wird von der Leipziger Stadtführung verkannt.

Leipzig muss auch weiterhin bzw. wieder zur Riege der wichtigsten Sportstädte gehören!

18. Sozial-, Gesundheits- und Pflegepolitik – Solidarität leben

Die kommunale Sozialpolitik leidet besonders unter dem Verlust kommunalpolitischer Steuerungsmöglichkeiten. Die Städte sind immer mehr Ausfallbürge staatlicher Politik und werden zunehmend in die Rolle des Trägers der sozialen Grundsicherung für arbeitslose, alte, erwerbsgeminderte und behinderte Menschen gedrängt. Die finanziellen und personellen Spielräume für eine flexible und an der individuellen Lebenssituation ausgerichtete Hilfe durch die Städte gehen verloren. Die Frage einer grundsätzlich neuen Arbeitsteilung zwischen staatlicher und kommunaler Sozialpolitik gehört deshalb nach Auffassung der Wählervereinigung Leipzig auf den Prüfstand. Die Wählervereinigung Leipzig fordert deshalb bei der Bearbeitung dieses Themenbereiches neben dem zuständigen Dezernat insbesondere den Oberbürgermeister auf, eine aktive Rolle innerhalb des Deutschen Städte- und Gemeindebundes einzunehmen.

Die zu Jahresbeginn in Kraft getretene Gesundheitsreform gefährdet nach Auffassung der Wählervereinigung Leipzig die flächendeckende haus- und fachärztliche Versorgung in Sachsen und damit auch in Leipzig. Eine betriebswirtschaftlich angemessene Vergütung der niedergelassenen Ärzte muss gewährleistet bleiben, da ansonsten die Versorgung der Versicherten nicht länger gewährleistet werden kann. Hauptursache dieser Entwicklung ist der unsoziale Gesundheitsfond.

Für einige Fachgruppen zeichnen sich finanzielle Einbrüche ab, die viele Praxen in ihrer Existenz gefährden. Die neuen Regelungen stellen wohnortnahe ambulante Operationen und belegärztliche Tätigkeiten ebenso in Frage, wie die ambulante Behandlung durch den Facharzt. Es drohen Praxisschließungen, die letztlich zu einem Risiko für die Gesundheit der Patienten werden. Gerade solche Praxen, die bisher ihren Versorgungsauftrag umfassend ernst genommen und ein breites Angebot diagnostischer und therapeutischer Leistungen angeboten haben, werden durch die Reform besonders benachteiligt.

Für die Wählervereinigung Leipzig ist deshalb die Sicherung einer bürgernahen Versorgung mit Krankenhäusern sowie Fach- und Hausärzten ein wichtiges Anliegen. Die bezahlbare medizinische Versorgung in Leipzig muss gewährleistet bleiben.

Die Wählervereinigung Leipzig will sich vor dem Hintergrund des demografischen Wandels im Stadtrat auch dafür einsetzen, dass altersgerechte und wohnortnahe Betreuungsangebote ausgebaut und vernetzt werden.

Einen würdevolleren Umgang mit pflegebedürftigen Menschen durch mehr Zeit und Zuwendung will die Wählervereinigung Leipzig fördern. Zwar gibt es in allen gut geführten ambulanten, teilstationären und stationären Pflegeeinrichtungen ein internes Beschwerdemanagement, um Fehler zu

vermeiden bzw. zu korrigieren. Trotzdem benötigt Pflege eine höhere Lobby und Aufmerksamkeit in der Gesellschaft.

Als Wählervereinigung Leipzig fordern wir daher im Sozialbereich die Einrichtung von Pflegestammtischen unter Schirmherrschaft des Oberbürgermeisters. Mit diesen Pflegestammtischen soll der regelmäßige Austausch zwischen den kommunalen, gemeinnützigen und privaten Anbietern von Pflege in Leipzig und den Adressaten und Angehörigen befördert werden. Die Stammtische sollen öffentlich sein und für interessierte Bürger, Angehörige von Pflegebedürftigen und in der Pflege Beschäftigte, der Wissensvermittlung, dem Abbau von Schwellenängsten dienen und dadurch zu einer Qualitätsverbesserung der Altenpflege beitragen. Sie sollen ein Gremium der Interessenvertretung, des Gedankenaustausches und der freiwilligen Qualitätskontrolle sein.

19. Tourismus stärken

Tourismus ist ein Querschnittsthema. In fast allen politischen Themenbereichen können Bezüge zum Tourismus hergestellt werden. Das macht es manchmal schwer, Potenziale für den Tourismus im alltäglichen Handeln zu erkennen. Die Anziehungskraft Leipzigs für Touristen kann und muss weiter gesteigert werden.

Die Wählervereinigung Leipzig ist der Auffassung, dass Tagestouristen ein unterschätztes Potenzial im Tourismusmarkt darstellen. Tagestouristen generieren bundesweit jährlich Einnahmen von rund 40 Mrd. Euro. Zu ihnen zählen Naherholungssuchende, Ausflügler, Besucher von Verwandten oder Bekannten, oder Menschen, die zu Einkaufs- oder Freizeitzwecken kurzfristig vor Ort sind. Die Beachtung touristischer Aktivitäten dieser Gruppe bzw. Tourismuspolitik in diesem Sinne muss lohnenswert sein. Sie kann die wirtschaftliche Entwicklung und die Attraktivität unserer Stadt nachhaltig beeinflussen.

Leipzig, am 10.02.2009